

Der französische Außenminister Bernard Kouchner besuchte vergangene Woche Venezuela, Kolumbien und Ecuador, um mit den Regierungen dieser Länder das weitere Vorgehen im Fall Ingrid Betancourt zu erörtern. Die Tageszeitung EL TIEMPO veröffentlichte dazu am 5.5.08 einen Leitartikel:

Was wollte Kouchner?

Die Regierung muss endlich der internationalen Gemeinschaft einen Vorschlag für einen humanitären Gefangenenaustausch vorlegen.

Die widersprüchlichen Erklärungen des französischen Außenministers Bernard Kouchner nach seiner Rückkehr von der Tour durch die Andenländer machen deutlich, dass auch seine Regierung keine Orientierung in Bezug auf einen Gefangenenaustausch besitzt. Zuerst sagte er, seine Reise sei ein Erfolg gewesen, später aber gab er zu, dass die Freilassung von Ingrid Betancourt weit entfernt sei und schloss endlich mit der Aussage, dass er „weder Optimist noch Pessimist“ sei.

Die Besuche Kouchners in Caracas, Bogotá und Quito waren voller Konfusion. In keiner dieser Hauptstädte gab es konkrete Ankündigungen oder überzeugende Erklärungen. Es könnte höchstens sein, dass sich unter der Oberfläche etwas bewegt, worüber die vier Regierungen absolutes Stillschweigen bewahren, um einen sehr delikaten Prozess abzuschirmen. Aus einem nicht verständlichen Grund gab der ecuadorianische Präsident Correa nach seinem Treffen mit Kouchner bekannt, er werde nach Paris reisen, um das Thema mit Sarkozy zu besprechen.

Aber man kann nicht ausschließen, dass diese Kontakte ohne sichtbare Ergebnisse das Produkt von planlosen Initiativen sein könnten, geboren aus der Notwendigkeit, die Bedürfnisse jener zu befriedigen, die besonders in Frankreich Aktionen zugunsten der Entführten fordern. Präsident Sarkozys Popularität ist in den Umfragen abgestürzt, und Außenminister Kouchner, der der oppositionellen Sozialistischen Partei angehört, ist das schillerndste Mitglied einer Regierung, die an sich schon recht unkonventionell ist. All das deutet darauf hin, dass vorwiegend die französische Innenpolitik die Impulse für die neuesten französischen Initiativen – die Entsendung des berühmten Hospitalflugzeugs nach Guyana und die Tour Kouchners – gegeben hat und darauf, dass es keinerlei neue Elemente gibt, die die blockierte Lage aufweichen könnten.

Die knappen Erklärungen der letzten Tage spiegeln wider, dass es kaum Anlass zur Hoffnung gibt. Wie es hieß, empfing Präsident Uribe Kouchner „aus Höflichkeit“. Uribe gab mit indirekten, aber deutlichen Sätzen zu verstehen, dass er es nicht zulassen werde, dass Hugo Chávez sich erneut in Kontakte zur FARC einschaltet, was Frankreich jedoch durchaus willkommen wäre. Chávez wiederum lässt die Frustration darüber erkennen, nun außerhalb des Spielfeldes zu stehen und die neue Geschäftigkeit Correas erscheint eher wie ein weiterer Teil seines Kreuzzuges der Irritationen gegen Uribe. Um das Knäuel vollends zu verhedern, betont die FARC, sie habe sich nicht von ihrer ja nicht gerade konstruktiven Position entfernt: „Iván Márquez“ (Als Sprecher Nachfolger des getöteten R.Reyes, A.d.Ü.) lehnte kategorisch weitere Freilassungen von Gefangenen ab, und die FARC besteht weiter auf der Entmilitarisierung der Gemeinden Florida und

Pradera und auf der Entlassung der in den USA einsitzenden „Simón Trinidad“ und „Sonia“.

Nach der diplomatischen Krise zwischen Kolumbien und Venezuela hat Uribe allen Grund, sehr vorsichtig zu sein und jegliche Rolle für Chávez einzuschränken. Auch der etwas arrogante Ton, der die letzten Aktionen Frankreichs begleitete, ist nicht akzeptabel, weil daraus eine Selbstüberschätzung des französischen Einflusses auf die FARC spricht. Aber die Formel der kolumbianischen Regierung, die Zusammenarbeit auf die „befreundeten Länder“ Spanien, Frankreich und Schweiz zu beschränken und Kontakte nur über die katholische Kirche herzustellen, ist auch keine Lösung.

Das beste Gegenmittel gegen die Intervention ohne Einladung und Kursbuch seitens ausländischer Präsidenten wäre ein ernsthafter und überzeugender Vorschlag der Regierung an die internationale Gemeinschaft. Eine erweiterte „Road Map“, realistisch und mit präzisen Anforderungen an die Rolle externer Akteure, ist vonnöten. Sie muss neue Elemente enthalten, z.B. die Interessen anderer lateinamerikanischer Länder oder Leute einbeziehen wie den früheren amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Bill Richardson, der Obama nahe steht, Erfahrungen bei Geiselnbefreiungen hat und der gerade Chávez besuchte.

Wenn man die Sache treiben lässt, entfernt man sich immer weiter von der Chance, zu einem Gefangenenaustausch zu kommen und fördert unbetene und nutzlose Initiativen von außen.